

P 16 / 2025

Postulat für die Prüfung von Handlungsbedarf bezüglich Umgestaltung bzw Optimierung der politischen Governance in der Stadt Thun.

Mark van Wijk, Valentin Borter, Fraktion FDP/Die Mitte,

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, welche Instanz (zB SAKO FIRU oder die BRK) folgende Fragestellungen untersuchen kann:

- Ist die heutige Konstellation der Thuner Exekutive bezüglich Effektivität und Effizienz richtig aufgestellt?
- Würde eine Anpassung auf 7 Gemeinderatsmitglieder nicht eine Erhöhung der Wirksamkeit und gleichzeitig eine breitere politische Abstützung bedeuten?
- Wäre eine solche Anpassung im Rahmen der jetzigen 380 Stellenprozent möglich (Hauptamt und Nebenamt).
- Die Stadt Thun hat einen im Vergleich zu anderen Gemeinden einen sehr gut bezahlten Gemeinderat und ein günstiges Parlament. Andere Städte haben hier andere Lösungen. Kann bzw muss dieser unbefriedigende Umstand angepasst werden? Wenn Ja wie?
- Muss der Artikel 19 des Reglements über die Leistungen an Gemeinderatsmitglieder so angepasst werden kann, dass ein vorzeitiger Rücktritt oder Nichtantritt zur Wiederwahl ohne Entschädigungsfolge sein wird und ob bei einer Nichtwahl die bisherige Regelung weiter gelten kann?
- Gibt es weiteren Optimierungsbedarf, um unser politisches System fit für die Zukunft zu gestalten?

Begründung

Das heutige Stadtverfassung stammt aus dem Jahr 2001. In den Jahren 2005 und 2013 gab es entsprechende Revisionen. Seitdem sind über 10 Jahre vergangen und die Welt, insbesondere die politische hat sich nachhaltig verändert. Auch sind die Aufgabenbereiche im Gemeinderat einerseits gewachsen und andererseits komplexer geworden.

Eine entsprechende gesamtheitliche Analyse ist daher unabdingbar.

Ein besonderer Fokus gilt der Zusammenarbeit der Legislative mit der Exekutive. Dabei muss die Aufsicht- bzw Kontrollfunktion des Parlamentes besonderer Bedeutung beigemessen werden. Vermehrte und vertieftere Einflussnahme bedeutet aber auch höhere Arbeitsbelastung, welche zumindest monetär adäquat entgolten werden soll.

Damit die entsprechenden gesamtheitlichen Analysen gemacht werden können und keine zusätzliche parlamentarische Kommission gebildet werden muss, ist eine der bestehenden SAKO's oder die BRK als geeignetes Instrument hier zu berücksichtigen.

Dringlichkeit wird nicht verlangt

